

LANDTAGSPOST MITTELFRANKEN



Ihre Landtagsabgeordneten für Mittelfranken



(v.l.n.r.) Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Angelika Weikert, Stefan Schuster

Unsere Themen

- 2 Erneute Diskussion: Keine Abschiebungen aus Schulen
- 3 Steigende Wohnungsnot für Auszubildende und Studierende in Mittelfranken
- 4 Dringender Handlungsbedarf: Zu hohe Nitratbelastung in Bayerns Wäldern
- 5 Immense Geldverschwendung beim staatlichen Denkmalschutzfonds
- 6 Mehr Förderung für ehrenamtliches Engagement
- 7 Traditionelle Backhäuser und Metzgereien kämpfen ums Überleben - auch in Nürnberg
- 8 Migrationspolitik: SPD bietet echte Konzepte
- 9 Praktische Tipps

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den vergangenen Wahlen geht die SPD nun mit frischem Aufwind und starken Zielen nach vorne. Für uns Landtagsabgeordnete steht ein Wahljahr mit weiteren neuen Entscheidungen bevor, doch die wichtigste Aufgabe für uns ist es, dass wir immerzu für unsere Ziele und Vorhaben eintreten und uns nicht davon abbringen lassen. So sind wir auch zum Ende diesen Jahres hin aktiv und engagiert und möchten Sie stets auf dem Laufenden halten und Ihnen einen Einblick in das ein oder andere Thema geben, das uns aktuell beschäftigt. In unserer Novemberausgabe informieren wir Sie über das Thema Abschiebungen an Schulen, welches wir erneut als Diskussion in den Bayerischen Landtag eingebracht haben. Die steigende Wohnungsnot, die nicht nur uns, sondern auch unsere Auszubildenden und Studenten betrifft, ist ein brennendes Thema. Ebenso bewegt uns die Zukunft der traditionellen Bäckereien und Metzgereien, die es auch in Mittelfranken aufgrund der wachsenden Konkurrenz zunehmend schwerer haben. Zudem lesen Sie in dieser Ausgabe Neues über unser Konzept zur Migrationspolitik, über unsere Lösungen für die wachsende Nitratbelastung in unseren Wäldern, Wissenswertes zur Verwendung des staatlichen Denkmalschutzfonds sowie zu unseren Forderungen im Umgang mit dem Ehrenamt.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und schon jetzt eine schöne Vorweihnachtszeit!

Herzlichst Ihr
Stefan Schuster, MdL

Sprecher der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten



Horst Arnold, MdL

Stimmkreis: Fürth (509)

Betreuer Stimmkreis: Ansbach-Süd (506)

Abgeordnetenbüro Horst Arnold, MdL

Hirschenstr. 24, 90762 Fürth

Tel: 0911 / 766 0083-6 . Fax: 0911 / 766 0083-7

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

Von Abschiebungen aus Schulen ist abzusehen - erneute Diskussion im Bayerischen Landtag

Im Plenum des Bayerischen Landtags stand die Causa um Asef N., der aus einer Nürnberger Berufsschule von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde und abgeschoben werden sollte, erneut auf der Tagesordnung.

Als Rechtspolitiker der SPD-Landtagsfraktion habe ich das Vorgehen der Regierung von Mittelfranken erneut beleuchtet und an einigen Stellen kritisiert. Denn die Durchführung der Maßnahme hat zu enormen Störungen des Schulfriedens und Personenschäden bei Polizei und Demonstranten geführt.



Es besteht nämlich erheblicher Zweifel an der Verhältnis- und Rechtmäßigkeit der durchgeführten Maßnahme am 31. Mai 2017. Während sich die Bezirksregierung für eine Direktabschiebung entschieden hatte und der hierfür geplante Abschiebeflug bereits am Abend starten sollte, wurde der entsprechende Bescheid erst zwei Stunden nach der Maßnahme ausgehändigt. Zum Zeitpunkt der Ingewahrsamnahme durch die Polizei war der junge Schüler also noch im Besitz einer rechtsgültigen Duldung. Daher wusste der Betroffene erst nach dieser Aktion, woran er war. Dies hat auch die Beschwerdekammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth wie folgt kritisiert: „Die Kammer erlaubt sich, ohne dass es für diese Entscheidung darauf ankäme, den Hinweis an die beteiligte Behörde, dass sie erhebliche Zweifel hegt, ob es rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht, wenn die Bekanntgabe eines bereits verfügt Bescheides, der mit einem Rechtsmittel angegriffen werden kann, bis zum Zeitpunkt des Vollzugs der Abschiebung zurückgestellt und somit die Einlegung des Rechtsmittels vereitelt wird.“

Während ein Beamter des Innenministeriums im Landtag verkündete, das Gericht „sei übergriffig geworden und nicht zuständig“, muss ich ganz klar sagen: Es ist gut, vorbildlich und ermutigend, wenn sich ein Bayerisches Gericht mit Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit befasst und der Bezirksregierung/dem Innenministerium diese Zweifel ins Stammbuch schreibt.

Wir wenden uns nicht gegen Abschiebungen, sondern stehen vielmehr für Maßnahmen nach Recht und Gesetz. Betrachtet man aber die gesamte Maßnahme, so muss diese als unverhältnismäßig bezeichnet werden. Hier sollte ein Exempel statuiert werden und das auf dem Rücken des jungen Flüchtlings und der Polizei, die in Amtshilfe für die Regierung von Mittelfranken tätig wurde! Tatsächliche Abschiebegründe lagen zu keinem Zeitpunkt vor!

Es gilt aus meiner Sicht festzuhalten: Schule ist kein rechtsfreier Raum, aber zur Durchführung einer wackelig inszenierten Abschiebung ist uns unsere Polizei zu schade. Zukünftig muss klargemacht werden, dass von Abschiebungen aus Schulen abzusehen ist und Schulfamilie sowie Schulfrieden zu respektieren sind.

Die Abschiebung des nicht vorbestraften Afghanen ist gescheitert; mittlerweile befindet er sich im geordneten Asylverfahren. Aufgrund einer wegen der Vorfälle am 31.05.2017 abgelehnten Arbeitserlaubnis konnte er eine für den 01.01.2017 angebotene Lehrstelle nicht antreten.

Die gesamte Rede aus der Debatte im Bayerischen Landtag vom 17.07.2017 ist sowohl auf meiner Facebook-Seite als auch in meinen [Youtube-Kanal](#) zu finden.



Alexandra Hiersemann, MdL

Stimmkreis: Erlangen-Höchstadt (507)
Betreuer Stimmkreis: Erlangen-Stadt (508)

Abgeordnetenbüro Alexandra Hiersemann, MdL

Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen
 Tel: 09131 / 81265-44 . Fax: 09131 / 81265-34
[E-Mail](#)
[Homepage](#)
[Facebook](#)

Auszubildende und Studierende brauchen ein Dach über dem Kopf - Wohnungsnot steigt auch in Mittelfranken

Die Bayerische Staatsregierung verspricht viel, ohne es zu halten. Das ist seit jeher bekannt. Doch wie sehr Versprechen und Realität in der Wohnungspolitik und im speziellen Fall des geförderten Wohnraumes für Azubis und Studierende auseinanderklaffen, ist schon bemerkenswert. 1200 zusätzliche Wohnraumplätze pro Jahr versprach die Staatsregierung unlängst, tatsächlich wurden im vergangenen Jahr nur ganze 40 Plätze geschaffen!

Junge Menschen in besonders umkämpften Wohnungsmärkten müssen in Notunterkünften unterkommen. In München stehen 10.000 Studierende auf der Warteliste für Wohnheimplätze und die bayernweite Unterbringungsquote ist in den letzten 5 Jahren von 12,2 Prozent auf 10 Prozent gefallen. In Erlangen sank der Anteil im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozent auf 11,36 Prozent. In Nürnberg finden nur 8,44 Prozent der Studenten eine geförderte Unterkunft und in Ansbach sind es sogar nur 5,97 Prozent.

Diese Zustände sind ein hausgemachtes Problem der Staatsregierung, die vornehmlich auf private Investitionen setzt und somit dem geförderten Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung schadet. Das erschwert die Rahmenbedingungen für eine Ausbildung oder ein Studium für viele zunehmend. Denn die Möglichkeit für eine erfolgreiche Ausbildung setzt wirtschaftliche und soziale Sicherheiten voraus. Dazu gehört vor allem bezahlbares Wohnen. Letztlich geht es darum, allen möglichst vergleichbare Chancen auf Bildung zu gewähren – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben diese Probleme in der Wohnungspolitik u.a. am 17. Oktober 2017 zum Thema einer aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag gemacht. Darin forderten wir:

- Eine Förderung, die sich überwiegend auf Objekte mit Gemeinschaftsküchen (statt auf abgeschlossene Einzelappartements) konzentriert und damit mehr bezahlbaren Wohnraum für Azubis und Studierende aus einkommensschwächeren Familien ermöglicht - gemeinschaftliches Wohnen führt zur Senkung der Baukosten,
- das Schließen einer Gesetzeslücke, die es Investoren bislang erlaubt, geförderten Wohnraum frühzeitig aus Mietpreisbindungen herauszulösen,
- das Ziel, die Wohnplatzquote für Azubis und Studierende auf 15 Prozent zu erhöhen.

Das würde die Wohnungsnot der Auszubildenden und Studierenden deutlich entspannen. Außerdem hätte die gesamte Bevölkerung etwas von diesem speziellen Wohnraum: Jeder Wohnraumplatz entlastet den gesamten Wohnungsmarkt.



Harry Scheuenstuhl, MdL

Stimmkreis: Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim,
Fürth-Land (510)

Betreuer Stimmkreis: Ansbach-Nord (505)

Abgeordnetenbüro Harry Scheuenstuhl, MdL

Hohenlohestr. 7, 91452 Wilhermsdorf

Tel.: 09102 / 9936-22 . Fax: 09102 / 9936-21

[E-Mail](#)

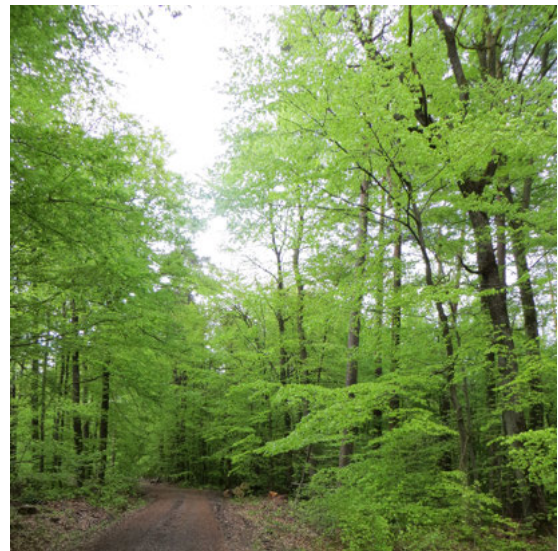
[Homepage](#)

[Facebook](#)

Zu viel Dünger für den Wald

Dringender Handlungsbedarf wegen zu hoher Nitratbelastung in Bayerns Wäldern

Wer gelegentlich Spaziergänge durch die Natur unternimmt, dem fallen häufig die vielen Brennnesseln am Wegesrand auf. Was viele nicht wissen: Die Verbreitung der Brennnesselgewächse ist ein Anzeichen für eine starke Konzentration von Nitrat im Boden, welches die Brennnesseln mithilfe ihrer Wurzeln aufnehmen und speichern. Seit Jahren steigt die Stickstoffsättigung in Bayerns Wäldern kontinuierlich an, heute sind rund 80 Prozent aller bewaldeten Flächen im Freistaat soweit gesättigt, dass der Nährstoff nicht weiter vollständig aufgenommen werden kann. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Umwelt und insbesondere das Grundwasser. Rund zwei Drittel des heimischen Trinkwassers wird aus unter Wäldern liegenden Grundwasservorkommen gewonnen. Durch den Sättigungsgrad der Bäume wird das Nitrat über das Sickerwasser abgegeben und fließt so in Grund- und Oberflächenwasser. Die intensive Landwirtschaft gilt als Hauptverursacher der zu hohen Nitratbelastung in heimischen Gewässern; in diesem Fall ist sie jedoch nicht direkt beteiligt, denn das Nitrat gelangt insbesondere durch Luftverunreinigungen in den Wald. Diese sogenannten Stickoxide entstehen in Verkehr und Industrie als Abbauprodukt und verbreiten sich in der Luft, wo der Pflanzennährstoff dann schnell zum Problem wird.



Strategien gegen die Überdüngung aus der Luft

Da der Nährstoff im Überfluss vorhanden ist, gelangt er durch Auswaschung in unser Grundwasser. Es ist daher zwingend erforderlich, dass die Reduktion von Schadstoffemissionen weiter vorangetrieben wird. Ein weiteres Problem: Noch immer bestimmen Nadelbäume das Waldbild in Bayern. Die Fichte ist mit einem Gesamtanteil von 44 Prozent die häufigste Baumart im Freistaat, gefolgt von der Waldkiefer mit 19 Prozent. Besonders die alten, gesättigten Nadelbäume geben große Mengen des Stoffes an die Umwelt ab. Verglichen damit haben Laubbäume eine größere Nitrat-Speicherkapazität und schütten daher weniger Stickstoff aus. Des Weiteren zersetzen sich die Blätter der Laubbäume am Boden deutlich schneller als Nadeln. Die Humusschicht unter Laubwald ist deshalb mächtiger und kann mehr Stoffe aufnehmen, die somit nicht in unser Wasser gelangen. Der Boden erfüllt im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (§2 Abs. 2) eine wichtige Schutzfunktion gegenüber schädlichen Stoffen. Allerdings reicht die natürliche Eigenleistung des Bodens nicht aus, um darunterliegende Wasservorkommen ausreichend zu filtern. Deshalb besteht hier ein dringender Handlungsbedarf von uns Menschen, um die Stickstoffkonzentration in Luft und Boden dauerhaft zu senken. Neben der unumgänglichen Reduzierung der Luftschadstoffe – hier bedarf es einer wirkungsvollen Minderungsstrategie – schlage ich daher als mögliche Gegenmaßnahme den rechtzeitigen Waldumbau belasteter Flächen vor: In Risikoflächen sollte der Laubbaumanteil auf mehr als 50 Prozent gesteigert werden.



Helga Schmitt-Bussinger, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Süd (503)

Betreuer Stimmkreis: Roth (512)

Abgeordnetenbüro Helga Schmitt-Bussinger, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-50 . Fax: 0911 / 43896-59

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Skandalöse Geldverschwendung beim staatlichen Denkmalschutzfonds

SPD-Anfrage ergibt: Ministerium muss 175.000 Euro Strafzinsen auf gehortete Millionensummen zahlen

Beim staatlichen Entschädigungsfonds für Sanierungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden gibt es einen eklatanten Fall von Geldverschwendung. Statt die Mittel des Fonds wie vorgesehen für Denkmalschutzprojekte auszugeben, liegen gewaltige Millionensummen auf der Bank, für die im vergangenen Jahr sogar Strafzinsen von über 175.000 Euro entrichtet werden mussten. Diesen skandalösen Zustand deckte eine parlamentarische Anfrage von meinen Kollegen Inge Aures, Reinhold Strobl und mir auf.

Laut Kunstministerium liegen aktuell knapp 45,5 Millionen Euro auf der Bank. Davon sind 25,8 Millionen Euro Restmittel aus dem vergangenen Jahr. Es gibt so viele erhaltenswerte Kulturdenkmäler in Bayern, für die das Geld ganz dringend gebraucht würde, um sie vor dem Verfall zu retten. Doch das für die Genehmigungen zuständige Ministerium lässt sich Zeit und schmeißt das Geld der Steuerzahler lieber Banken in den Hals.

Aus Mittelfranken liegen 16 Einzelanträge für 9.577.000 Euro vor, für ganz Bayern sind das 73 Anträge mit einer Gesamt-Antragssumme von 41.872.900 Euro vor. Das Geld könnte also sofort sinnvoll verwendet werden. Das ist ministerielle Miswirtschaft sondergleichen. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, wie so etwas sein kann. 175.000 Euro binnen zwölf Monaten einfach weg.

Das Ministerium sollte mal darüber nachdenken, aus dem Entschädigungsfonds auch Zuschüsse für kleinere Maßnahmen zu genehmigen. Vielleicht könnte man dann dem einen oder anderen Hausbesitzer, der ein denkmalgeschütztes Haus besitzt, eine Renovierung schmackhaft machen. Das Geld ist ja offensichtlich vorhanden. Stattdessen wird es einfach weggeschmissen. Die SPD-Fraktion wird dieses Versagen des Ministeriums im Haushaltsausschuss des Landtags thematisieren.

Der Entschädigungsfonds Bayern fördert in erster Linie umfangreiche Maßnahmen an Denkmälern mit überregionaler Bedeutung und einer akuten Gefährdung. Er wird jährlich zu 50 Prozent von den bayerischen Kommunen und zu 50 Prozent vom Freistaat Bayern gespeist. Insgesamt werden dem Fonds jährlich 27 Millionen Euro zugeführt.



Auch das Retti-Palais in Ansbach könnte Mittel aus dem Entschädigungsfonds gut gebrauchen.



Stefan Schuster, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-West (504)
Betreuer Stimmkreis: Weißenburg-Gunzenhausen (506)

Abgeordnetenbüro Stefan Schuster, MdL
 Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
 Tel.: 0911 / 43896-60 . Fax: 0911 / 43896-69
[E-Mail](#)
[Homepage](#)
[Facebook](#)

Ehre dem Ehrenamt - Mehr Förderung für ehrenamtliches Engagement

Menschen, die sich unentgeltlich und aus persönlicher Überzeugung heraus engagieren, leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihre wertvolle Arbeit muss stets sichtbar gemacht, gewürdigt und vor allen Dingen auch unterstützt werden.

Zwar war die Einführung der Ehrenamtskarte ein wichtiger Schritt, freiwillig Aktive zusätzlich zu unterstützen, doch es bedarf zusätzlich einer Erhöhung anstelle einer Kürzung der finanziellen Mittel, wie es derzeit von der Staatsregierung gefordert wird. Denn nur so lange Politik, Verwaltungen und Verbände zusammenarbeiten und den Ehrenamtlichen den Rücken stärken, wird die Hilfsbereitschaft weiter bestehen und wachsen können!

Aus diesem Grund fordern wir als SPD-Landtagsfraktion mehr Mitspracherecht und mehr Geldmittel für die ehrenamtliche Arbeit in Bayern. In der letzten Plenardebatte hat die CSU das Ehrenamt zwar mit Worten gelobt, kürzt aber hierfür die Mittel im Haushalt weiter zusammen. Besonders betroffen von der Kürzung der Mittel ist ausgerechnet der wichtigste Ansprechpartner: Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Noch einschneidender wirkt sich ein Minus von 170.000 Euro bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen für das Projekt „Miteinander leben – Ehrenamt verbindet“ aus: Das Projekt sorgt dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement bekommen und richtet sich sowohl an Menschen, die neu zugezogen sind, als auch an diejenigen, die bereits seit längerem bei uns leben. Dabei sind gegenseitige Unterstützung und Hilfe der Schlüssel zu langfristiger und nachhaltiger Integration! Zeitgleich stellt die CSU als einzige Neuerung eine Stiftung für ehrenamtliches Engagement vor, die eine abgeschwächte Version derer ist, die die SPD vor wenigen Monaten in einem umfassenden Gesetzentwurf vorgeschlagen hatte. Dieser Vorschlag wurde seitens der CSU kategorisch abgelehnt.

Hier muss eindeutig ein Umdenken stattfinden und wir werden uns weiterhin für mehr Mitspracherecht und Förderung des Ehrenamtes in Mittelfranken einsetzen.

Abend für ehrenamtlich Aktive in Nürnberg

Als Zeichen der Anerkennung und des Dankes für im Ehrenamt Aktive habe ich heuer zum 15. Mal insgesamt 160 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden und Initiativen aus meinem Stimmkreis bei meinem „Abend für ehrenamtlich Aktive“ begrüßen dürfen.

Dabei lege ich stets Wert darauf, jeden einzelnen Bereich ehrenamtlichen Engagements zu würdigen:

Ehrenamtliches Engagement fängt schon im Kleinen an und so ist jede Art von Hilfe wichtig und wertvoll. Oftmals können Projekte und Institutionen nur durch Spenden bestehen und sind auf den Einsatz freiwilliger Helfer angewiesen. Die Bereitschaft, sich in seiner kostbaren Freizeit für andere einzusetzen, macht Ehrenamtliche zum Herzstück unserer Gesellschaft. Freiwilliges Engagement schafft Begegnung und Nähe, fördert den Zusammenhalt sowie das Gefühl der Heimat und Identität. Ohne diese Unterstützung würde etwas Essentielles in unserem Leben fehlen!

Dafür sagen wir allen Aktiven und zukünftigen Ehrenamtlichen von Herzen ‚Danke‘ und werden uns fortlaufend dafür einsetzen, dass diese unsere größtmögliche Unterstützung erhalten.





Arif Taşdelen, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Nord (501)

Abgeordnetenbüro Arif Taşdelen, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-72 . Fax: 0911 / 43896-79

[E-Mail](#)[Homepage](#)[Facebook](#)

Bäcker und Metzger kämpfen ums Überleben

Traditionelle Backhäuser und Metzgereien haben es in Bayern immer schwerer.
Auch Nürnberg ist betroffen.

Die Zahlen sind besorgniserregend. Zwischen 2011 und 2016 haben 424 Bäcker in Bayern den Betrieb eingestellt, wie eine Anfrage der SPD im Bayerischen Landtag ergab. Bei den Metzgern ist die Zahl mit 601 eingestellten Betrieben sogar noch brisanter. Für Mittelfranken die gleiche Diagnose: Hier haben binnen der vergangenen fünf Jahre 44 Bäckerbetriebe und 60 Metzgereien zugemacht.

Warum ist das so? Die Kleinen verlieren gegen die Konkurrenz der Ketten und Discounter. Außerdem haben viel zu wenig junge Leute Lust auf eine Lehre im Lebensmittelhandwerk. Nürnberg hatte 2011 noch 282 Lehrlinge in diesem Bereich. 2016 waren es nur noch 161 - ein Rückgang um 43 %.

Die Folgen für den Alltag zeigt das Beispiel Nürnberg: Alteingesessene Bäcker und Metzger schließen vor allem in der Stadtperipherie. Mit jedem schließenden Betrieb geht so ein Stück soziales Leben und der typische Charakter der Stadtviertel verloren. In einem Stadtteil gibt es mittlerweile sogar weder Bäcker noch Metzger noch Supermarkt - die Nahversorgung ist dort folglich tot. Die Leidtragenden sind letztlich die Menschen vor Ort. Der Weg zum nächsten Metzger und Bäcker wird weiter. Das kostet Zeit. Und ohne Auto Mühen.

Ein Geschäftsmodell, das dem Sterben der Bäckereien etwas entgegen setzen könnte, habe ich mir kürzlich angesehen: Die Bäckerei „SONNENSCHNEIN“ im Nürnberger Norden backt noch täglich frisch. Um den Kunden jedoch auch ein vielfältiges Sortiment anbieten zu können, kauft der Betrieb zusätzlich Backwaren von anderen Kleinbäckereien aus der Region und vertreibt diese in seinem Ladengeschäft weiter. So schafft es der kleine Betrieb, dem Druck durch die Konkurrenz der Großen zu begegnen.

Das Konzept klingt vielversprechend. Der Kern des Problems liegt aber woanders: Die Ausbildung zum Bäcker und Metzger muss attraktiver werden. Der derzeitige Meister-Bonus setzt noch immer zu wenig Anreize für die teure Weiterbildung. Ein kostenfreier Meister wäre hier ein guter Anfang, um die Probleme der Betriebsnachfolge zu lindern. Zudem muss die Bayerische Staatsregierung zusammen mit den Handwerksorganisationen verstärkt in Schulen gehen, um Nachwuchs für den Beruf zu begeistern. Nur wenn sich das Image der Bäcker- und Metzgerausbildung verbessert, wird es wieder mehr junge Leute geben, die diesen Weg wählen.



Ortstermin im „SONNENSCHNEIN“: Pächterin Tanja Löb und Bäcker Uwe Wälzel berichten über die Situation der handwerklichen Bäckerbetriebe.



Angelika Weikert, MdB

Stimmkreis: Nürnberg-Ost (502)

Betreuer Stimmkreis: Nürnberger Land (511)

Abgeordnetenbüro Angelika Weikert, MdB

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-40 . Fax: 0911 / 43896-49

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Migrationspolitik: SPD bietet echte Konzepte, Union nur dünne Formelkompromisse

Wenige Tage nach der Bundestagswahl verkündete Horst Seehofer stolz, er habe gegenüber Angela Merkel die Obergrenze durchgesetzt. Aber hat er das wirklich?

Alles, was die CSU erreicht hat, war die Zahl 200.000 in einem gemeinsamen Papier der Unionsparteien zur Migrationspolitik unterzubringen. In Form einer Zielsetzung, die bei Bedarf nach oben oder nach unten korrigiert werden soll. Ändern wird sich durch diese Zahlenspielerei nichts, denn das Grundrecht auf Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen zum Flüchtlingsschutz sollen – und das ist gut so – nicht angetastet werden. Zumindest dürfte die unsägliche Diskussion um die Obergrenze vorerst vom Tisch sein. Erstaunlich ist die Bereitschaft, über ein Einwanderungsgesetz zumindest nachzudenken – nach jahrzehntelanger Verweigerungshaltung der Union zu diesem Thema darf man gespannt sein, ob und wann der Gesetzentwurf präsentiert wird.

Ansonsten ist das Papier eine unkonkrete Aufzählung von Selbstverständlichkeiten und altbekannten, kleinteiligen Forderungen. Das Hauptanliegen ist offensichtlich nicht die migrationspolitischen Zukunftsfragen zu lösen, sondern die verschiedenen Parteiflügel der Unionsparteien zu beruhigen.

Die SPD ist hier deutlich weiter. Wir haben Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz. Wir haben ein detailliertes Konzept, wie eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik mit einer gerechten Verteilung der Verantwortungen aussehen soll. Wir haben einen Plan, wie die internationale Gemeinschaft und die EU den Menschen Alternativen zur Flucht aufzeigen und somit das Sterben im Mittelmeer beenden kann.

Und vor allem setzen wir uns dafür ein, Neuankommende und die Schutzsuchenden, die bereits hier sind, noch besser und noch schneller in Arbeit, Schule und Wohnumfeld zu integrieren. Integrationsarbeit soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Im CDU/CSU-Konzept dagegen kommt das Wort „Integration“ kein einziges Mal vor.

Diese Punkte werden wir der neuen Bundesregierung als größte Oppositionspartei und vor allem auch der CSU im Landtag entgegenhalten.

Denn eines ist klar: der dünne Formelkompromiss, den CDU und CSU als „Regelwerk“ bezeichnen, ist keine hinreichende Analyse und kein Problemlösungsansatz für die zukünftige weltweite Flüchtlingspolitik. Wir befürchten, dass die CSU spätestens wenn sie im Landtagswahlkampf ihre absolute Mehrheit in Gefahr sieht, mit Sicherheit wieder die „Ausländer-Keule“ auspackt.



Praktische Tipps und Informationen

Weihnachtsbräuche in Franken - Wissenswertes

Weihnachten ist für die meisten von uns das größte Fest des Jahres, begleitet von großen Emotionen, Feierlichkeiten und althergebrachten Ritualen. Während sich einige Bräuche bis heute halten, vielerorts gepflegt werden und auf eine lange Geschichte zurückblicken können, geraten andere Bräuche zunehmend in Vergessenheit. Der rot-weiß gekleidete Weihnachtsmann mit Rauschebart ist heute nicht mehr wegzudenken. Auch gilt der Barbaratag am 4. Dezember als lebendiger Brauch. Doch welche Bräuche gibt oder gab es noch in Franken?

Bis vor einiger Zeit existierte in Franken noch die so genannte „Klopferzeit“, die Zeit der Klöpfleinsnächte: Kinder zogen durch die Straßen, schlugen mit einem Holzhammer an die Läden der Häuser und baten unter Aufsagen von Versen oder auch dem Vortrag geistlicher Lieder um eine Gabe. Praktiziert wurde dieser Brauch stets an den drei letzten Donnerstagabenden im Advent. Das Klöpfeln war sehr weit verbreitet, hat eine lange Geschichte und ist außergewöhnlich gut erforscht. Im 14. Jahrhundert war die Klöpfleinsnacht wohl noch ein Orakeltermin, bis schließlich im 16. Jahrhundert die Motive des Gabenheischens hinzukamen.

Der erste fränkische Beleg stammt aus dem Jahre 1520. Schon kurze Zeit später wurde das Klöpfeln vor allem in evangelischen Gebieten immer wieder verboten. Trotzdem berichteten weiterhin zahlreiche Quellen von der Existenz dieses Heischebrauchs - vor allem im südlichen Mittelfranken, im Ansbacher Land und im Aischgrund, und das weit bis ins 19. Jahrhundert hinein. 1909 war das Klöpfeln nur noch in 45 Orten in Bayern lebendig. Heutzutage gilt es als ausgestorben.

Winterliches Potpourri

So lassen sich (Vor-)Weihnachtsmomente ganz schnell und einfach selbst zaubern:

500 ml Wasser in einem Topf erhitzen,

5 Zimtstangen,

4 Lorbeerblätter,

2 EL Nelken (ganz),

1 Zitrone in Scheiben sowie

1 Orange in Scheiben hinzugeben

und von dem weihnachtlichen Duft verzaubern lassen.



Wir wünschen Ihnen eine wunderschöne Weihnachtszeit!

Unser
Mittelfranken.

Selbstbewusst.
Erfolgreich.
Heimatverbunden.



BayernSPD Landtagsfraktion

Impressum:

Verantwortlich: Stefan Schuster
Mitglied des Bayerischen Landtags
Abgeordnetenbüro Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
Telefon: 0911 / 438 96 60
buero@stefan-schuster-mdl.de